„Die Tragweite hat keiner erkannt“

Internetgemeinde protestiert gegen das Urheberrechtsabkommen Acta – auch der Strausberger Jens Knoblich gehört zu den Kritikern

Zehntausende gingen am vergangenen Wochenende auf die Straße, um gegen das internationale Urheberrechtsabkommen Acta zu demonstrieren. Der Strausberger Jens Knoblich von der Piratenpartei kritisiert, dass die Interessen der Internetnutzer bei dem Vertrag keine Rolle spielen.

Von Michael Gabel

Piraten-Logo auf dem Laptop: Der Strausberger Jens Knoblich ist Kreisvorsitzender seiner Partei und seit 2008 kommunalpolitisch aktiv. Foto: MOZ/Gerd Markert

Strausberg (MOZ) Er trägt einen Pulli in der Partei-Farbe Orange, und auf seinem Laptop klebt das Logo mit dem Segelschiff. Unverkennbar: Hier kommt ein Pirat. Der Strausberger Jens Knoblich hat es in seiner Stadt zu einiger Bekanntheit gebracht. Der Sensationserfolg der Polit-Neulinge bei der Berliner Abgeordnetenwahl mit dem Ergebnis von 8,9 Prozent ist erst fünf Monate her und hat bei vielen das Interesse an den Piraten geweckt. Was sind das für Leute, die mit ihrem Einsatz für die Interessen der Internetgemeinde, mit flotten Sprüchen, basisdemokratischen Strukturen und Forderungen nach mehr Transparenz in der Politik die etablierten Parteien das Fürchten lehren?

Allerdings ist Knoblich nur bedingt ein typischer Pirat. Sicherlich: Er surft privat viel im Internet. Und als Systemadministrator bei der Bundeswehr an seinem Arbeitsplatz in Strausberg-Nord hat er auch beruflich viel mit der IT-Welt zu tun. Aber mit seinen 43 Jahren und als zweifacher Familienvater hebt er sich schon ein wenig von der jungen, bunten Truppe ab, die da ins Berliner Parlament einzog. Und er ist auch nicht wirklich ein politischer Novize. Denn der Kreisvorsitzende der Piraten in Märkisch-Oderland sitzt bereits seit 2008 in der Strausberger Stadtverordnetenversammlung, in die er sich zunächst als Parteiloser wählen ließ. Außerdem ist er ebenfalls seit dieser Zeit Ortsvorsteher im Stadtteil Hohenstein. Für einen Piraten eine ziemlich lange politische Vorgeschichte.

Großes aktuelles Thema in seiner Partei und in weiten Teilen der Internetgemeinde ist derzeit das geplante Urheberrechtsabkommen mit dem Namen Acta, wobei das Kürzel für „Anti-Counterfeiting Trade Agreement“ (Handelsabkommen gegen Fälschungen) steht. Der Vertrag wurde auf Initiative der USA und Japans mit Vertretern der EU und weiterer Staaten verhandelt und soll ein effizienteres Vorgehen gegen Produktpiraterie ermöglichen. Damit sind zum einen gefälschte Markenartikel (unter anderem auch Medikamente) gemeint. Das Abkommen soll aber auch eine bessere Handhabe gegen illegales Herunterladen von Filmen und Musiktiteln bieten.

Mehrere zehntausend Kritiker gingen am vergangenen Wochenende auf die Straße, um gegen die geplante Regelung zu protestieren. Jens Knoblich ärgert sich gleichermaßen über den Inhalt wie über das Zustandekommen des Vertragswerks. „Da wurde hinter verschlossenen Türen etwas ausgehandelt, ohne dass zum Beispiel Non-Profit-Organisationen, die sich mit der Problematik Urheberrecht befassen, eingebunden wurden“, sagt er. Vertreter der Rechteinhaber und der Verwertungsindustrie hätten dagegen sehr wohl mit am Tisch gesessen.

Pauschale Abgabe der Nutzer könnte ein Kompromiss sein

Knoblich kritisiert, dass die Interessen der Nutzer keine Rolle gespielt hätten. „Dabei gibt es mittlerweile Ideen, wie mit pauschalen Abgaben der User urheberrechtliche Ansprüche und Freiheit im Netz zu vereinbaren wären“, sagt er und verweist auf den Erfolg von Download-Portalen wie iTunes und Napster. Er ist davon überzeugt, dass sich der Großteil der Internetnutzer mit einem vernünftigen Preis und einem guten Service dafür gewinnen lassen würde, Filme, Musiktitel und ähnliches künftig legal herunterzuladen.

Aber was ist mit der auch in Piraten-Kreisen verbreiteten Philosophie „Alles gehört allen“? Im Rahmen seiner Partei gehört Knoblich eher zu den Kompromisslern, die durchaus Verständnis für die Probleme der Urheber haben. „Künstler müssen von ihrer Arbeit leben können“, betont der Strausberger. Und dazu müssten auch die Internetnutzer etwas beisteuern.

Einen offiziellen Standpunkt zum Thema Urheberrecht im digitalen Umfeld haben die Piraten übrigens noch nicht formuliert. Erstaunlich bei einer Partei, deren zentrales Thema die Welt der neuen Medien ist. „Das liegt wahrscheinlich daran, dass es in unserer Partei viele unterschiedliche Leute mit sehr unterschiedlichen Standpunkten gibt“, berichtet Knoblich. „Und unser basisdemokratischer Ansatz führt auch eher langsam zum Ziel.“

Wie es mit Acta weitergeht, ist völlig unklar. Unterzeichnet haben den Vertrag bisher neben anderen die USA, Japan, Australien, Kanada, Frankreich, Italien und Großbritannien sowie die Europäische Union. Aber mehrere Länder, darunter Deutschland, haben die Unterzeichnung ausgesetzt. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) fordert nun von der EU „Aufklärung über die Folgen des Abkommens“. Zur Erklärung, warum die Probleme erst so spät zur Kenntnis genommen wurden, heißt es von Seiten des Ministeriums, die Bundesregierung habe bei der Ausarbeitung des Vertrags „keine führende Rolle gespielt, sondern nur am Katzentisch gesessen“.

Umstritten sind an dem 51 Seiten starken Papier vor allem zwei Punkte: So ist im Kapitel zwei unter der Überschrift „Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums im digitalen Umfeld“ geregelt, dass ein Internetanbieter dazu verpflichtet werden kann, einem Inhaber von Urheberrechten „unverzüglich die nötigen Informationen zur Identifizierung eines Abonnenten offenzulegen“. Das heißt: T-Online, 1&1 und Co. müssten beim Verdacht auf illegales Herunterladen Kundendaten zum Beispiel an Verwertungsgesellschaften wie die Gema weitergeben. Schwer vorstellbar, dass dies mit deutschem Recht übereinstimmt.

Bundesregierung schiebt Unterzeichnung auf die lange Bank

Weiterer Kritikpunkt: In Kapitel fünf geht es um die Installierung eines Acta-Ausschusses, dem weitreichende Vollmachten bei der Umsetzung des Abkommens zugestanden werden. Aber nirgends ist geregelt, wer in dem Ausschuss sitzen und von wem er kontrolliert werden soll.

Im Moment sieht es so aus, als würde die Bundesregierung bei Acta auf Zeit spielen. So will man erst die für 27. Februar angesetzten Beratungen im Europaparlament, das das Abkommen ratifizieren muss, abwarten. Und dann könnte der Vertragstext auch noch dem Europäischen Gerichtshof in Straßburg vorgelegt werden. Die Prüfung würde sich wahrscheinlich bis nach der kommenden Bundestagswahl im September 2013 hinziehen.

In der Union stößt diese Taktik auf Widerstand. So äußert Unionsfraktionsvize Günter Krings deutliche Kritik am Vorgehen der Justizministerin. „Wenn aus Deutschland das Signal: ‚Wir wollen Acta nicht‘ kommen würde, wäre das fatal.“

Es bleibt also noch viel zu tun für Piraten wie Jens Knoblich, der sich darüber wundert, wie stiefmütterlich das Thema von Seiten der Bundesregierung behandelt wurde. „Die Tragweite der Angelegenheit hat niemand erkannt“, sagt er.